

WIR SIND DIE ZUKUNFT



Newsletter Nr. 09/2022 „Wir sind die Zukunft“
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
www.wir-sind-die-zukunft.net

INHALT

- **Infos aus dem KJHA vom 11.10.2022**
- **LGBTI*-freundliche Kinder- und Jugendtreffs ausgezeichnet – 23 Mal „Offen für ALLE“**
- **Mosaik Jugendpreis – Mit Vielfalt gegen Rassismus**
- **Rassismus gegen junge Geflüchtete: ein Thema für die Jugendarbeit?**
- **Das Rampenlichter Festival geht wieder los**
- **Mediensalon – Gaming**
- **#Praxis-Seminar „Whole School Approach – Schule sozial-ökologisch gestalten“**
- **„Couragiert gegen Mobbing“ – Publikationen aus dem Modell Projekt**
- **Queere Jugendarbeit in Bayern**
- **Bundesweite Umfrage zu Schutzkonzepten**
- **Veranstaltungstipps**
- **Die nächste Ausgabe**
- **Impressum und Datenschutz**

INFOS AUS DEM KJHA VOM 11.10.2022

Kinder- und Jugendhilfeausschuss in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Sozialausschuss

TOP 1: Steuerungsbericht des Sozialreferates für das Jahr 2022

Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) präsentierte den Mitgliedern beider Ausschüsse den aktuellen Steuerungsbericht ihres Referates und verwies in dem Zusammenhang auf die Leistungsbereitschaft der Landeshauptstadt sowie den politischen Willen, die sozialen Angebote der Stadt bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. München befinde sich in der besonderen Situation, dass die entsprechenden Haushaltstitel auch während der Pandemie nicht gekürzt worden seien. Allerdings nehmen auch in München Armut und der Umfang von Transferleistungen zu. Im Einzelnen präsentierte die Sozialreferentin dazu u.a. die Zahl der Empfänger*innen von Leistungen nach dem SGB II. Diese ist zwischen 2019 und 2022 von 65.685 auf nun 75.321 gestiegen. Für 2023 wird ein weiterer Anstieg vorhergesagt.

Ähnlich verhält es sich mit den Anspruchsberechtigten für Leistungen nach dem SGB XII. Hier hat sich die Zahl im gleichen Zeitraum von 21.355 auf für 2023 prognostiziert 24.000 erhöht. Auch beim Thema Wohnungslosigkeit steigt die Zahl der Bedürftigen; von 2.686 im Jahr 2009 auf aktuell 7.619. Sprunghaft angestiegen ist ebenso die Zahl der Anträge auf Wohnungsgeld – von 1.871 im Jahr 2019 auf 7.189 im August 2022. Positiv sei jedoch zu bewerten, dass es derzeit gelingt, durchschnittlich 59 Haushalte pro Monat in Formen des dauerhaften Wohnens zu vermitteln. Dabei sinkt allerdings das Angebot an Sozialwohnungen und die Wartezeit bis zur Bearbeitung der Anträge auf Wohngeld beträgt derzeit ca. vier Monate.

Auslöser für die gestiegenen Zahlen der Personen, die Transferleistungen beziehen, seien u.a. die Corona-Pandemie und aktuell der Zuzug einer größeren Zahl von Geflüchteten, z.B. aus der Ukraine. Diese Zuwanderung von Geflüchteten spiegelt sich beispielsweise in Fällen im Asylbewerberleistungsgesetz wider. Wurden im Dezember 2021 noch 7.130 Geflüchtete mit den entsprechenden Mittel unterstützt, seien für 2023 mehr als 12.000 Fälle vorausberechnet.

Ein differenziertes Bild zeichne sich im Referat bei der Personalentwicklung ab. Die Personalkosten wurden für 2022 mit 275,4 Mio. Euro veranschlagt; davon werden wohl ca. 6,6 Mio. Euro nicht verbraucht. Das ist auf aktuell 526 unbesetzte Stellen zurückzuführen. Derzeit laufen Bewerbungsverfahren für ca. 100 dieser freien Stellen.

Die Besetzungsquote in verschiedenen Arbeitsbereichen des Sozialreferates liege zwischen unter 70 Prozent (z.B. Jugendamt) und 85 Prozent, was bei einer durchschnittlichen Fluktuationsrate von 20 Prozent nicht ungewöhnlich sei.

Schließlich berichtete die Sozialreferentin über die Höhe der Mittel, die an die freien Träger ausgehändigt wurden. 2011 lag dieser Betrag bei 103.323.000,00 Euro; erreichte 2022 einen Wert von 259.524.000,00 Euro und wird für 2023 mit 280.000.000,00 Euro angesetzt. Speziell diese Entwicklung belege die Wertschätzung der Landeshauptstadt gegenüber den freien Trägern. Hier sollen auch künftig keine Kürzungen vorgenommen werden.

StR Bernd Schreyer (Die Grünen/Rosa Liste) dankte dem Referat, der Stadtverwaltung und den freien Trägern für die beeindruckende soziale Arbeit in der Landeshauptstadt, die trotz

vielfältiger Krisen umgesetzt wird. Er wies jedoch auch ausdrücklich darauf hin, dass die Armut in der Stadt massiv wächst und die Zahl der Bedürftigen regelmäßig größer wird. Er betonte, dass beispielsweise die Statistik zur Wohnungslosigkeit die Geflüchteten aus der Ukraine nicht abbildet. Hier ist es dringende Aufgabe der Landeshauptstadt, schnell weitere Standorte für sogenannte Flexi-Heime auszuweisen und auszubauen. Um die bis 2025 angestrebte Zahl von 5.000 Plätzen in diesen Einrichtungen erreichen zu können, müssen weitere 20 dieser Flexi-Heime errichtet werden. Die Stadt dürfe sich hier nicht von Investoren vertreiben lassen, die passende Objekte renditeträchtig bebauen wollen.

StRin Anne Hübner (SPD/Volt) dankte ebenfalls dem Referat und den freien Trägern. Sie erläuterte, dass die Landeshauptstadt im Allgemeinen und das Sozialreferat im Besonderen derzeit weniger ein finanzielles als ein personelles Problem mit Fachkräften habe. Um dies zu lösen, sei u.a. die Verkürzung von Einstellungsverfahren dringend erforderlich. Gleichzeitig müssen neue Instrumente der Personalgewinnung erprobt werden; der Besetzungsstopp erweist sich rückblickend als kontraproduktiv für die Personalausstattung und hat bewiesen, dass die Kommune nicht im Bereich der Daseinsvorsorge sparen darf. Die Stadt sei auch in den kommenden Jahren bereit, steigende Kosten für Löhne und Gehälter bzw. Sachkosten bei den freien Trägern aufzufangen. Träger, die bereits unter den steigenden Kosten leiden, sollen sich rechtzeitig im Sozialreferat melden und die Mehrbedarfe anzeigen. Schließlich müssen auch aus gesellschaftspolitischen Gründen die personellen Kapazitäten im Sozialreferat ausgebaut werden. Es sei eine große Zahl von Anträgen – etwa zum Wohngeld – zu erwarten. Wenn diese nicht zeitnah bearbeitet würden, nutze das vor allem demokratiefeindlichen Kräften.

Anschließend dankte Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) ebenfalls dem Referat für die geleistete Arbeit. Besonders kritisch im Bericht sei zu bewerten, dass die Besetzungsquote im Bereich des Kinderschutzes im Jugendamt bei unter 70 Prozent liege. Man müsse sich fragen, wie unter diesen Voraussetzungen eine hoheitliche Aufgabe wie der Kinderschutz gewährleistet werden kann. Auch im Bereich der Eingliederung von Kindern mit seelischer Behinderung gibt der Bericht die Besetzungsquote als unterdurchschnittlich niedrig an. Der Bericht verweise darauf, dass deswegen die Kinder oft in „hochpreisigen“ teilstationären Einrichtungen untergebracht werden müssten. Es sei bedenklich, so Dr. Sauer, wenn nur von den Kosten einer Maßnahme gesprochen würde und nicht davon, ob die auf den ersten Blick teuren Maßnahmen den Bedarfen der Kinder am besten entsprächen. Sie verwies außerdem darauf, dass bei den angesprochenen Plänen zur Ausweitung der Schulbegleitung die freien Träger teilstationärer Maßnahmen einbezogen werden müssen. Mehrere einschlägige Berichte der jüngeren Vergangenheit hatten belegt, dass die Gewalt unter Kindern und Jugendlichen zunehme. Vor diesem Hintergrund ist es kontraproduktiv, dass der Arbeitskreis Jugenddelinquenz aufgelöst wurde. Sie fordert deshalb das Referat auf, zu prüfen, ob eine Wiedereinsetzung des AK möglich ist.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) dankte ebenfalls dem Sozialreferat und den freien Trägern für die geleistete Arbeit. Sie erwartet, dass das Arbeitspensum angesichts der bestehenden Krisen nicht abnimmt, und fordert nachdrücklich eine wirksame Entbürokratisierung der Verwaltung, um die Aufgaben effizienter lösen zu können. Hier müsse auch der Bund seinen Beitrag leisten. Besorgniserregend sei die steigende Zahl von Selbsttötungen junger Menschen. Hier müsse sich die Stadtgesellschaft fragen, wie es dazu kommen kann und was

dagegen unternommen wird. Die Stadträtin lobte zwei Entwicklungen der letzten Zeit: Zum einen habe sich das Instrument „Soziales Mieten leichtgemacht“ bewährt. Es müsse zwar steuerrechtlich nachjustiert werden – insgesamt ist es aber wirkungsvoll. Darüber hinaus ist die Gründung des Azubi-Werks ein Meilenstein in der Sozialpolitik der Landeshauptstadt. StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) richtete auch seinen Dank an das Referat und die freien Träger. Durch die enge Zusammenarbeit mit den freien Trägern gelingt auch die Einbindung ehrenamtlicher Strukturen in die Stadtpolitik. Seiner Ansicht nach muss die Zahl der Flexi-Heime signifikant steigen. Zudem regt er an, dass sich der Stadtrat und die relevanten Ausschüsse mit der Frage befassen, wie die steigende Zahl zuwandernder Menschen und der Fachkräftemangel als ein Thema gemeinschaftlich gedacht und gelöst werden kann. Hierbei gehe es um den mittel- bis langfristigen Aufbau von Qualifikationen.

Elisabeth Hagl (Münchner Trichter) erinnerte nach ihrem Dank an das Referat daran, dass die Herausforderungen für Kinder und Jugendliche im Hinblick auf die Bewältigung von Krisensituationen nicht geringer werden. Es ist deshalb zwingend notwendig, dass bei allen geplanten Maßnahmen immer auch der außerschulische Bereich mitgedacht werde, um junge Menschen ganzheitlich helfen zu können.

Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) und Ronald Wirth (Stadtjugendamt) beantworten die Fragen der Ausschusssmitglieder. Die Sozialreferentin sicherte dabei zu, dass das Referat spätestens in einem halben Jahr berichten wird, wie sich die Personalsituation im Haus weiterentwickelt. Insbesondere im Bereich des Stadtjugendamtes befinden sich derzeit zahlreiche Stellen in Ausschreibung oder das Bewerbungsverfahren laufe.

Das Stadtjugendamt beobachte ebenfalls mit großer Sorge die Zahl der Selbsttötungen junger Menschen und priorisiere derzeit aufgrund des Personalmangels seine Aufgaben. Dabei soll gewährleistet sein, dass das Kindeswohl weiter im Fokus steht und extreme Gefährdungen wie Selbsttötungen wirkungsvoll verhindert werden. Die erneute Einsetzung des AK Jugenddelinquenz wird durch das Stadtjugendamt geprüft. Der Bereich der Schulbegleitungen wachse seit einigen Jahren extrem. Das Referat will diese Entwicklung mit dem Thema Inklusion koppeln und gemeinsam mit dem RBS Konzepte entwickeln, die noch 2022 greifen. Die freien Träger werden hierzu ausdrücklich eingeladen.

Ergänzend dazu mahnte StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) an, dass die geplanten Präventionsprojekte noch immer nicht finanziert sind.

Nur Bekanntgabe

KINDER- UND JUGENDHILFEAUSSCHUSS

TOP 1: KITA-Jahresstatistik 2021

Florian Kraus (Stadtschulrat) reichte zunächst eine Information aus der letzten Sitzung des KJHA nach. Demnach konnten zum 01.09.2022 alle Absolvent*innen der OptiPrax-Qualifikation, die dies wünschten, von städtischen Trägern übernommen und angestellt werden.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) fragte nach, wie viele Einrichtungen im Berichtszeitraum nicht in Betrieb gehen konnten und wie viele im laufenden Betrieb aufgrund von

Personalmangel geschlossen werden mussten. Außerdem möchte sie wissen, wie die Akzeptanz von Verpflegung in Bio-Qualität ist. Margit Braun (RBS, Kita) gibt an, dass infolge der Pandemie der Betrieb von Einrichtungen eine große Herausforderung sei. Es konnten jedoch alle Einrichtungen wie geplant in Betrieb gehen – mindestens in Teilbetrieb mit einer verringerten Zahl von Gruppen. Zudem wurde keine Einrichtung aufgrund von Personalmangel komplett geschlossen. Vielmehr wurde in Kooperation mit Nachbareinrichtungen eine Betreuung von Gruppen aufrechterhalten.

Nur Bekanntgabe

TOP 2: Kostenfreie Menstruationsartikel an Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendhilfe

Beim vorliegenden Antrag handelt es sich um eine höchst begrüßenswerte Initiative, die eine breite Unterstützung über Fraktionsgrenzen hinweg erfahre, berichtete StRin Lena Odell (SPD/Volt). Der Antrag werde dazu beitragen, das Thema Menstruation weiter zu enttabuisieren.

StRin Clara Nitsche (Die Grünen/Rosa Liste) wies darauf hin, dass es besonders schön sei, diesen Antrag am Internationalen Mädchentag zu verabschieden. Frauen sind noch immer benachteiligt und einkommensschwächer als Männer. Man werde mit diesem Antrag eine gewisse finanzielle Entlastung schaffen.

Menstruationsartikel müssen zur kostenfreien Basisausstattung in öffentlichen Einrichtungen gehören – vergleichbar dem Toilettenpapier. Die vorgesehenen 50.000 Euro pro Jahr sollen in die offene Arbeit und in den Bereich Streetwork fließen.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) ergänzte, dass mit dem Antrag ein Menschenrecht verbunden sei. Ergänzend fügte Kerstin Günter (Behindertenbeirat) hinzu, dass es einen großen Bedarf im Bereich der Jugendarbeit nach diesen Artikeln gebe. Auch aus gesundheitlicher Sicht sei dieser Beschluss zu begrüßen, um Erkrankungen durch „Behelfslösungen“ zu verhindern. Außerdem berge die Umsetzung des Beschlusses die Möglichkeit, Bildungsangebote zu konzipieren.

Zu kritisieren sei, dass der Beschluss nicht dem Behindertenbeirat zur Kenntnis vorgelegt wurde. Judith Greil (KJR) stimmte ebenfalls zu, dass es sich dabei um einen überfälligen und zu begrüßenden Antrag handle. Die Perspektive müsse nun sein, dass in allen öffentlichen Einrichtungen diese Artikel vorgehalten werden. Man müsse zudem im Blick behalten, dass der Verwaltungs- und Abrechnungsaufwand für die Träger nicht zu komplex werde. Barbara Vieweg (Gleichstellungsbeauftragte) ergänzte, dass Einrichtungen wie der OKJA eine besondere Verantwortung bei der Bewusstseinsbildung gegenüber Benachteiligungen von Frauen zukomme. Insofern sei dies der richtige Beschluss. Der positiven Bewertung des Antrags schloss sich grundsätzlich auch StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) an – forderte aber eine Verdoppelung der Mittel, weil man mit den geplanten 50.000 Euro pro Jahr einer Einrichtung nur 20 Euro monatlich zur Verfügung stellen könne. Florian Kraus (Stadtschulrat) verweist schließlich darauf, dass das RBS auch an einem ähnlichen Vorhaben arbeite und alle städtischen Schulen künftig mit diesen Artikeln ausstatten wolle. Man prüfe derzeit noch, ob eine Lösung mit Spender-Einrichtungen umgesetzt werden könne. Den Bedarf für ca. 45.000 Schüler*innen an städtischen Schulen zu decken, bedeutet für das RBS eine gewaltige finanzielle Herausforderung, die man aber annehme.

Beschluss einstimmig angenommen

TOP 3: Soziale Infrastrukturversorgung und Standortsicherung für eine Einrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Neubaugebiet Dreilingsweg

StR Christian Müller (SPD/Volt) berichtete, dass der städtebauliche Wettbewerb zur Errichtung der offenen Einrichtung bereits Ende Oktober endet. Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss soll deshalb die Planung der Jugendeinrichtung beschließen – alle weiteren Details müssten im Planungsausschuss behandelt werden.

In ihrer Wortmeldung kritisierte StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) die mangelnde Einbindung des Bezirksausschusses in die Planungen durch die Referate.

Robert Pechacker (Münchner Trichter/AGFP) erläuterte ausführlich die Bedenken der Expert*innen aus dem Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, für die der Münchner Trichter steht. Grundsätzlich scheinen sich die baulichen und inhaltlichen Planungen für die offene Einrichtung im Neubaugebiet Dreilingsweg zu stark an schulischen Vorgaben zu orientieren. Offene Arbeit für und mit Kindern und Jugendlichen muss zwar Anschlussfähigkeit zur Schule haben – darüber hinaus soll sie sich jedoch Eigenständigkeit bewahren, die nicht zuletzt in der baulichen Gestaltung zum Ausdruck kommen muss. Die vermisste man bei diesem Projekt. Neben der wünschenswerten „mutigeren“ architektonischen Gestaltung seien nach jetzigem Planungsstand die notwendigen Räume, in denen Kreativität und Partizipation gelebt werden können, mangelhaft konzipiert. Das betrifft beispielsweise den vorgesehenen Raum für medienpädagogische Angebote, der sich an Computer-Kabinetten der 1990er Jahre orientiere.

Für kulturelle Veranstaltungen sind die Raumhöhen viel zu gering, Lagerflächen sind ebenfalls nur unzureichend vorhanden – zudem seien keine Probenräume für Bands vorgesehen. Pechacker bemängelte, dass die freien Träger zum wiederholten Mal nicht frühzeitig genug und im erforderlichen Umfang in die Planungen eingebunden wurden.

Dieser Kritik schloss sich auch Judith Greil (KJR) an. Eine räumliche Nähe zur Schule sei zwar grundsätzlich gut, um lange Wege zur Einrichtung zu vermeiden, dies bedeute nicht automatisch die Situierung auf dem Schulgelände. Der KJR wünscht sich ebenfalls eine stärkere Berücksichtigung der Expertise bei der Planung und Gestaltung solcher Einrichtungen, über die die freien Träger erwiesenermaßen verfügen.

In dem Zusammenhang sei das vorgeschlagene Konzept der selbständig durch die Jugendlichen zu öffnenden Räumlichkeiten zu begrüßen – es erleichtere die Raum-Aneignung der Nutzer*innen. Den Ausführungen zu den kritischen Punkten in der konkreten Planung Dreilingsweg von Robert Pechacker könne man sich anschließen.

StR Sebastian Weisenburger (Die Grünen/Rosa Liste) wies darauf hin, dass der betroffenen Bezirksausschuss in die Planungen eingebunden war.

Auch für StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) ist es unverständlich, warum zum wiederholten Mal die freien Träger nicht frühzeitig in die Planungen eingebunden wurden. Es gehe nicht darum, diesen Trägern die Entscheidungshoheit über die endgültigen Planungen zu übertragen oder vor Beginn der Trägerschreibung vollendete Tatsachen zu schaffen. Vielmehr können durch die Beteiligung der freien Träger, Fehler in der Bedarfsplanung verhindert werden. Seine Fraktion stellt deshalb einen Änderungsantrag, in dem formuliert wird, dass „... das RBS gebeten wird, gemeinsam mit dem Sozialreferat und in Abstimmung mit den

freien Trägern der Jugendarbeit und der Jugendkulturarbeit die Grundlagen für die Vorplanung solcher Einrichtungen festzulegen.“

StRin Lena Odell (SPD/Volt) freute sich über die neue Einrichtung und begrüßte es, wenn die jetzigen Planungen so umgesetzt würden. Es würde den Jugendlichen genügend Möglichkeiten der Aneignung und Gestaltung geben.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) schloss sich der Kritik der Expert*innen für Offenen Jugendarbeit an und möchte die Planungen entsprechend modifizieren. In dem Zusammenhang stellte StRin Clara Nitsche (Die Grünen/Rosa Liste) die Frage, warum die Begleitgruppe für die sog. integrierten Einrichtungen noch nicht arbeiten könne. Anja Findeiß (Sozialreferat) wies darauf hin, dass im Frühjahr 2022 eine Einladung an die freien Träger erging und die Träger der Installation der Begleitgruppe in vorgeschlagener Form zustimmten und im ersten Schritt die Geschäftsordnung entwickelten. Die Rückmeldung hierzu ist im Referat noch nicht eingegangen.

Ronald Wirth (Stadtjugendamt) wies darauf hin, dass die Expertise für die Planung solcher Einrichtung im Jugendamt vorhanden ist und man deshalb auf die Mitwirkung der freien Träger verzichten könne. In der Frage der fehlenden Übungsräume wird nachgearbeitet und nach Lösungen gesucht. Würden die freien Träger zu einem deutlich früheren Zeitpunkt eingebunden, käme das einem Paradigmenwechsel gleich. Damit würden auch eingeübte und bewährte Verwaltungsverfahren infrage gestellt. Es bestehe die Gefahr, dass einzelne Träger bereits in der Planungsphase ein eigenes späteres Nutzungskonzept zum Maßstab machen und die Stadt sich damit einer notwendigen Flexibilität beraube. Dem stimmte auch StR Sebastian Weisenburger (Die Grünen/Rosa Liste) zu – bewährte Prozesse sollten fortgeführt werden.

Dem widersprach jedoch StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei), der es für nötig erachtete, jetzt einen solchen Paradigmenwechsel herbeizuführen. Ziel muss sein, Fehler in der Planung, die an den Bedarfen der späteren Nutzer*innen vorbeigehen, frühzeitig zu vermeiden.

Diesen Ansatz unterstützte auch Robert Pechacker (Münchner Trichter/AGFP). Das Anliegen der Träger von offenen Einrichtungen ist, wieder ältere Jugendliche zu erreichen. Deshalb bietet sich das Bündnis „Wir sind die Zukunft“ ausdrücklich an, solche Planungen frühzeitig zu begleiten und zu unterstützen.

StRin Anne Hübner (SPD/Volt) wies darauf hin, dass eine Änderung von Verwaltungsprozessen nicht Thema im Kinder- und Jugendhilfeausschuss sein kann. Dem schloss sich auch Ronald Wirth (Stadtjugendamt) an, der keine grundsätzliche Verweigerungshaltung gegenüber den freien Trägern in dieser Frage sieht. Er wolle aber über langfristige Bedarfe von Jugendlichen und nicht über die Position einzelner Wände in den Räumlichkeiten sprechen.

Verena Dietl (SPD/Volt, Zweite Bürgermeisterin) stimmte dem zu und unterstrich, dass man mit einer früheren Einbindung der Träger in Planungsprozesse keinen Einfluss auf das Trägerauswahlverfahren ausüben wolle und könne. Das sieht auch StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) so – die LHM müsse in jedem Fall Bauherr bleiben. Das schließe aber nicht

aus, dass die Expertise der freien Träger beratend und frühzeitig in Entscheidungsprozesse einfließen kann.

Elisabeth Hagl (Münchener Trichter) stellte klar, dass die freien Träger nicht die Kooperationswilligkeit und Fachkenntnis anzweifeln. Es gehe vielmehr darum, für solche Einrichtungen Visionen zu entwickeln und Planungen zu optimieren.

*Änderungsantrag Die Linke/Die Partei: mehrheitlich angenommen
Gesamtantrag: einstimmig angenommen*

Zusammengestellt von Marko Junghänel

LGBTI*-FREUNDLICHE KINDER- UND JUGENDTREFFS AUSGEZEICHNET – 23 MAL „OFFEN FÜR ALLE“

Das Aktionsbündnis „Wir sind die Zukunft“ hat bereits zum fünften Mal LGBTI*-freundliche Einrichtungen für Kinder und Jugendliche ausgezeichnet.

Nach zweijähriger Corona-Pause konnte am 4. Oktober 2022 im Jugendtreff M10 City in der Maxvorstadt wieder das Siegel „Offen für ALLE“ verliehen werden. Stadtrat Christian Vorländer vergab die Urkunden an acht Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Zum ersten Mal mit dem Siegel ausgezeichnet wurden die Einrichtung CultureClouds e.V. die Feuerwerk Funkstation, das Quax – Zentrum für Freizeit und kulturelle Bildung, der Kulturtreff für Kinder und Jugendliche Jump In, das Kinder- und Jugendhaus Kunterbunt KUBU, das SBZ am Hart, der 103er Freizeittreff Obergiesing und der gastgebende Jugendtreff M10City.

Das Zertifikat wird für die Dauer von vier Jahren verliehen, danach müssen sich die Einrichtungen erneut darauf bewerben. Ihre Zertifizierung erfolgreich erneuert haben das IMAL / International Munich Art Lab, die Feuerwerk Südpolstation, die Freizeitstätte Neuland, die Aubinger Tenne sowie der Kinder- und Jugendtreff ZeitFrei.

Somit dürfen sich nun 23 Münchner Kinder- und Jugendtreffs sowie Organisationen „Offen für ALLE“ nennen. Sie zeigen damit, dass bei ihnen die Lebenssituation und die Bedürfnisse von LGBTI*-Jugendlichen besonders berücksichtigt werden und dass die Räume, Angebote und pädagogischen Maßnahmen bewusst auch für die Gruppe der jungen Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Inter Personen offenstehen. Das Siegel „Offen für ALLE“ macht das auch nach außen und innen sichtbar.

Bernhard Rutzmoser; Fachstelle Jungen und junge Männer*, KJR*

MOSAIK JUGENDPREIS – MIT VIELFALT GEGEN RASSISMUS

Seit 2015 wird von der Landeshauptstadt München und der Stadt Nürnberg im Gedenken an die bayerischen Opfer der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) jährlich der „Mosaik Jugendpreis – Mit Vielfalt gegen Rassismus“ verliehen. Es werden Projekte ausgezeichnet, die sich gegen (Alltags-)Rassismus und für ein respektvolles Miteinander aller Menschen in der Stadt sowie für interkulturellen Dialog und Begegnung einsetzen. Diese können

aus allen gesellschaftlichen Bereichen stammen. Egal, ob Musik-, Film-, Kunst-, Theater-, Sport-, Medien-, Online-, Begegnungs- oder Bildungsprojekt – der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Für die Bewerbung wird ein Bewerbungsformular ausgefüllt und zusammen mit einer ausführlichen Projektbeschreibung sowie Bildern per E-Mail eingereicht.

Jugendliche und junge Erwachsene bis zum Alter von 25 Jahren mit Wohnsitz in den Städten München oder Nürnberg können sich als Einzelpersonen oder als Gruppen für den Preis bewerben. **Bewerbungsschluss ist der 24.10.2022**; die Preisverleihung findet im März 2023 in Nürnberg statt. Weitere Informationen [hier](#).

RASSISMUS GEGEN JUNGE GEFLÜCHTETE: EIN THEMA FÜR DIE JUGENDARBEIT?

Dem Thema Rassismus gegen junge Geflüchtete widmet sich der Online-Fachimpuls des BJR am **25.10.2022 ab 18:00 Uhr**. Als Expert*innen zu Gast sind Onur Bakis von Doyobe e.V., Tobias Holl von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern und Jule Hoff von B.U.D. Bayern. Die Veranstaltung ist Teil der Reihe „Angekommen!? Jugendarbeit mit jungen Geflüchteten“. Einmal im Monat geben dabei Expert*innen Fachimpulse oder stellen gute Beispiele vor. Daneben ist Raum für Austausch und gegenseitige Inspiration. Zielgruppe sind Haupt- und Ehrenamtliche aus der Jugendarbeit, Multiplikator*innen, (angehende) Pädagog*innen und alle weiteren, die sich für das Thema interessieren. Die Teilnahme ist kostenlos. Hier geht's [zur Anmeldung](#).

DAS RAMPENLICHTER FESTIVAL GEHT WIEDER LOS

Bewerbungen für das Tanz- und Theaterfestival von Kindern und Jugendlichen Rampenlichter sind ab dem **1. November 2022** möglich. Gesucht sind Münchner, bundesweite und internationale Produktionen von und mit Kindern und Jugendlichen zwischen 6 und 27 Jahren! Bühne frei für die darstellende Kunst von Kindern und Jugendlichen (Tanz, Theater, Tanztheater), Stücke, die in Koproduktion mit Kindern und Jugendlichen entstehen und an deren Entwicklung sie maßgeblich beteiligt sind, Stücke, die von Jugendlichen oder jungen Erwachsenen in Eigenregie entwickelt wurden, vielfältige Projektzusammenhänge: freie Projekte, jugendkulturelle, inklusive oder kulturpädagogische Kontexte, freie Ensembles und Zusammenhänge, Schulkooperationen oder Kinder- und Jugendclubs an Tanz- und Theaterhäusern u.v.m., Stücke von mixed-abled Ensembles und Stücke von und mit Kindern. Alle Informationen zur Bewerbung gibt es [hier](#).

MEDIENSALON – GAMING

Vor 50 Jahren wurde das Spiel „Pong“ als neues Arcade-Spiel vorgestellt. Das hatte zur Folge, dass sich Video-Games als fester Bestandteil unseres Medienalltags etablierten. Digitale Spiele erreichen ein großes Publikum, fördern verschiedene Kompetenzen und sind zugleich Motoren der technologischen Entwicklung und der digitalen (Spiel-)Kultur. Es gibt also

ausreichend Gründe, diese Prozesse aus einem spielerischen Winkel im Rahmen eines Fachinputs und einer Diskussion zu betrachten. Der Mediensalon findet am **23.11.2022 ab 18:00 Uhr** im Pixel² am Stadtmuseum statt (alternativ als Livestream). Highlight ist der Vortrag von Prof. Dr. Jeffrey Wimmer. Um Anmeldung wird gebeten unter interaktiv@jff.de Der Eintritt ist kostenlos.

PRAXIS-SEMINAR „WHOLE SCHOOL APPROACH – SCHULE SOZIAL-ÖKOLOGISCH GESTALTEN“

Schule bietet vielfältige Chancen für einen gesellschaftlichen Wandel: Hier kommen unterschiedliche Menschen mit ihren Ideen zusammen. Der Whole School Approach nimmt die gesamte Schule, das Gebäude, die Menschen und den Lernraum in den Blick, um Bildung für nachhaltige Entwicklung ganzheitlich zu gestalten. Im Seminar werden Praxiserfahrungen vorgestellt und es wird gemeinsam überlegt, wie Kooperationsmodelle die Schulen auf dem Weg Richtung sozial-ökologische Transformation unterstützen können. Termin: **08.11.2022, 14:00 bis 18:00 Uhr** im „münchner zukunftssalon“. Zielgruppe sind Schulleitungen, Lehrkräfte und Elternvertretungen aller Schularten, Multiplikator*innen und Kooperationspartner*innen, BNE-Akteur*innen. Weitere Infos und Anmeldung [hier](#).

„COURAGIERT GEGEN MOBBING“– PUBLIKATIONEN AUS DEM MODELLPROJEKT

Im Modellprojekt „Couragiert gegen Mobbing“ werden innovative Instrumente zur Primärprävention gegen Mobbing erarbeitet, die in der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit eingesetzt werden können. Es sind Materialien, die informieren, anregen und bei Aktivitäten unterstützen. In der neuen Ausgabe q.rage reflektieren Jugendliche ihre Erfahrungen mit Mobbing. Dazu haben sie beispielsweise ein Gedicht oder einen Poetry-Slam verfasst, um ihre Gefühle darüber zum Ausdruck zu bringen, wie mit Mobbing an ihrer Schule umgegangen wird. Im Baustein „Mobbing in Schule und Jugendarbeit“ sind Mobbing-Systematiken beschrieben. Die Autor*innen machen deutlich: Mobbing kann nur dann seine Wirkung entfalten, wenn Ideologien der Ungleichwertigkeit bereits in der Gruppe verbreitet sind. Das Materialpaket erhält je einen Klassensatz der beiden Sonderausgaben der q.rage, den Baustein und Aktionsplakate. Die Courage-Schulen haben diese Materialien bereits erhalten; im [Courage-Shop](#) können sie auch (nach)bestellt werden.

QUEERE JUGENDARBEIT IN BAYERN

Der BJR hat mit Unterstützung der Hochschule Kempten einen Fragebogen zum Stand der Queeren Jugendarbeit in Bayern entwickelt. Die Erkenntnisse aus der Befragung von Fachkräften und Ehrenamtlichen sollen dazu dienen, die unterschiedlichen Bedarfe für die Arbeit und mit dem Thema zu ermitteln. Daraus sollen Unterstützungsangebote und -formate (wie z. B. Informationen, Aufklärungsarbeit, Weiterbildungen, Arbeitshilfen und Materialien) abgeleitet

werden. Die Umfrage läuft noch bis 27. Oktober und ist hier <https://survey.lamapoll.de/Erhebung-Queere-Jugendarbeit/> zu finden.

BUNDESWEITE UMFRAGE ZU SCHUTZKONZEPTEN

Das Projekt SchutzJu – Schutzkonzepte in der Kinder- und Jugendarbeit & Jugendsozialarbeit beschäftigt sich im Rahmen der BMBF-Förderlinie „Forschung zu sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in pädagogischen Kontexten“ damit, wie in der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit der Schutz persönlicher Rechte von jungen Menschen gewährleistet werden kann.

Mithilfe einer Onlinebefragung wird untersucht, welche Maßnahmen und Verfahren zum Kinder- und Jugendschutz in den verschiedenen Feldern der Kinder- und Jugendarbeit bereits umgesetzt werden bzw. in Planung sind. Ebenso soll erfasst werden, welche Rahmenbedingungen für die Umsetzung von (Schutz-)Maßnahmen förderlich sind und an welchen Stellen Fach- und ehrenamtliche Kräfte Bedarfe sehen. Die Ergebnisse der Befragung werden in die Erarbeitung von feldspezifischen Methoden zur Entwicklung und Umsetzung von Schutzkonzepten einfließen.

Wer mindestens 16 Jahre alt sind und in der Kinder- und Jugendarbeit oder Jugendsozialarbeit tätig ist, kann bis **01.11.2022** an der Befragung teilnehmen (Dauer ca 20 min.).

Hier geht es zur Befragung: <https://www.soscisurvey.de/SchutzJu/>

VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: Wochenend- Seminar: Antisemitismus (k)ein Thema?!

Wer: Georg-von-Vollmar-Akademie e.V.

Wann: Freitag, 4. November bis Sonntag, 6. November 2022

Wo: In der Georg-von-Vollmar-Akademie, Am Aspensteinbichl 9-11,
82431 Kochel am See

Kosten: 129,00 €

Anmeldung: [hier](#)

Was: Wissenschaftliche Jahrestagung DJI: Gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen

Wer: Deutsches Jugendinstitut

Wann: Dienstag, 8. November von 12.30 Uhr bis Mittwoch, 9. November 13.30 Uhr

Wo: hybride Veranstaltung: Tagungszentrum Aquino, Hannoversche Straße 5b,
10115 Berlin

Kosten: keine

Anmeldung: [hier](#)

Was: Workshop: Foto-Memo-Spiel: Genau hinschauen – Details entdecken

Wer: Spiellandschaft Stadt e.V.
Wann: Samstag, 19. November 2022, 10:00 bis 17:00 Uhr
Wo: Spielhaus am Westkreuz, Aubinger Str. 57, München-Westkreuz
Kosten: 40,00 €
Anmeldung: <https://spiellandschaft.de/unser-service/fortbildungen/>

Was: „Online, offline – oder beides?“ E-Coaching zu hybriden Formaten
Wer: Medien_Weiter_Bildung
Wann: Zwei halbtägige Module: Donnerstag, 24. November von 9.00 bis 13.00 Uhr
und Donnerstag, 8. Dezember von 9.00 bis 13.00 Uhr
Wo: online
Kosten: kostenfrei
Anmeldung: <https://www.medien-weiter-bildung.de/e-coaching-2022/>

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 15.11.2022

Bericht vom KJHA vom 08.11.2022

IMPRESSUM UND DATENSCHUTZ

Das Redaktionsteam

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Chris Dünstl, Fachforum Freizeitstätten, Marko Junghänel

Verantwortlich für die Inhalte

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt
Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Datenschutz

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.